

# LINK TO EUROPE

Europabüro der Metropolregion  
FrankfurtRheinMain

Poststraße 16  
60329 Frankfurt am Main  
☎ +49 69 2577 1538  
✉ [europa@region-frankfurt.de](mailto:europa@region-frankfurt.de)  
[www.europabuero-frm.de](http://www.europabuero-frm.de)

20.07.2022

# INHALTSVERZEICHNIS



<b>Aktuelles aus der EU</b>	<b>2</b>
Konferenz zur Zukunft Europas: Reaktionen der Institutionen auf Ergebnisse	2
<b>Kommunale Belange und regionale Entwicklung</b>	<b>2</b>
Konsultation (I): Überarbeitung der De-minimis-Beihilfen	2
Konsultation (II): Überarbeitung der Abfallrahmenrichtlinie	3
Förderaufruf: Aktionen zum Europäischen Jahr der Jugend 2022	3
Wettbewerb: Access City Award 2023	3
<b>Energie, Klima und Umwelt</b>	<b>4</b>
Green Deal (I): EP einigt sich auf Rahmengesetzgebung	4
Green Deal (II): Ratsausrichtungen bei Energie- und Umweltdossiers	5
Kommission: Verordnungsvorschläge zur Wiederherstellung der Natur	6
Veranstaltung: Europäische Woche der nachhaltigen Energie 2022	7
<b>Verkehr und Mobilität</b>	<b>7</b>
Aufruf: Europäische Mobilitätswoche 2022	7
<b>Wirtschaft, Forschung und Innovation</b>	<b>7</b>
Horizont Europa (I): NetZeroCities unterstützt Städte beim Klimaschutz	7
Horizont Europa (II): EU-Mission Klimaanpassung läuft an	8
<b>Weitere Aufrufe, Ausschreibungen und Veranstaltungen</b>	<b>8</b>
„Wir feiern Europa“: Brüssel-Informationsreise 2022 und Jubiläumsfeier	8
<b>Folgen Sie uns auf Twitter</b>	<b>10</b>

## Aktuelles aus der EU

---

### Konferenz zu Zukunft Europas: Reaktionen der Institutionen auf Ergebnisse

Nach dem Abschluss der Konferenz zur Zukunft Europas (vgl. [Europa Info 04/2022](#), S. 2) haben sich die Europäischen Institutionen mit den Ergebnissen der Konferenz und der weiteren Vorgehensweise befasst.

Die Europäische Kommission nahm am 17. Juni 2022 eine [Mitteilung](#) (in Englisch) an, in der sie die Vorschläge der Konferenz auf ihre Machbarkeit hin analysiert und ankündigt, erste Initiativen aufbauend auf den Konferenzergebnissen in ihr Arbeitsprogramm für 2023 mit aufzunehmen.

Das Europäische Parlament forderte bereits am 9. Juni 2022 den Europäischen Rat in einer [Entschließung](#) auf, einen Konvent zur Überarbeitung der EU-Verträge einzuleiten, um die Ergebnisse der Konferenz umzusetzen. Anliegen des Europäischen Parlaments sind hier insbesondere, bei Beschlüssen des Rates das Prinzip der Einstimmigkeit durch Mehrheitsentscheidungen zu ersetzen sowie die Befugnisse der EU in den Bereichen Gesundheits-, Energie-, Verteidigungs- sowie Sozial- und Wirtschaftspolitik auszuweiten.

Der Europäische Rat seinerseits nahm in einer [Schlussforderung](#) am 24. Juni 2022 Kenntnis von den Ergebnissen der Konferenz. Laut dem Rat müssen die EU-Organe im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten und in Einklang mit den Verträgen für wirksame Folgemaßnahmen zu den Vorschlägen der Konferenz sorgen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen hierüber informiert werden.

## Kommunale Belange und regionale Entwicklung

---

### Konsultation (I): Überarbeitung der De-minimis-Beihilfen

Bis zum **25. Juli 2022** hat die Europäische Kommission eine offene [Konsultation](#) zu den staatlichen Beihilfen mit geringen Beträgen, kurz De-minimis-Beihilfen, geöffnet.

Die aktuellen Beihilfavorschriften besagen, dass für Beihilfen bis zu 200.000 Euro keine Beihilfenkontrolle notwendig ist und laufen Ende 2023 aus. Im Zuge der vor diesem Hintergrund notwendigen Aktualisierung will die Europäische Kommission einerseits den seit 2006 festgelegten Schwellenwert an die Inflation anpassen und andererseits die Transparenz erhöhen. Zu diesem Zweck plant die Europäische Kommission, ein verpflichtendes Zentralregister einzuführen. In der jetzigen Praxis genügt in Deutschland eine Eigenerklärung des Beihilfeempfängers.

Die Neuregelung würde bis 2030 gelten.

Das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain hat sich an dieser Konsultation bereits mit einer [Stellungnahme](#) beteiligt. Darin begrüßt das Europabüro, den Schwellenwert zu erhöhen, kritisiert allerdings



die Einführung eines Zentralregisters. Dies könnte insbesondere für kleinere Beihilfen, die auf kommunaler Ebene vergeben werden, einen erhöhten Verwaltungsaufwand mit sich bringen.

## Konsultation (II): Überarbeitung der Abfallrahmenrichtlinie

In Vorbereitung einer Überarbeitung der EU-Abfallrahmenrichtlinie ([2008/98/EG](#)) bittet die Europäische Kommission bis zum **16. August 2022** im Rahmen einer Konsultation um Einschätzungen zur Verringerung der Umweltauswirkungen durch Abfall.

Der [Online-Fragebogen](#) kann auf Deutsch beantwortet werden und fokussiert in seinen Multiple-Choice-Optionen u. a. auf Hindernisse bei der Abfallvermeidung und Einschätzungen zu möglichen Maßnahmen auf EU-Ebene sowie die Themenbereiche Lebensmittelverschwendung, Mülltrennung und Abfallbewirtschaftung. Obwohl öffentliche Einrichtungen und kommunale Unternehmen explizit auch die Zielgruppe der Befragung bilden, sind manche der Formulierungen eher an Privatpersonen gerichtet.

## Förderaufruf: Aktionen zum Europäischen Jahr der Jugend 2022

Über ein Erasmus+-Sonderbudget [unterstützt](#) die EU-Kommission verschiedene Aktionen und Veranstaltungen zum Europäischen Jahr der Jugend 2022, z. B. Seminare, Festivals, Konferenzen oder Debatten, die bis Ende 2022 durchgeführt werden. Anträge können laufend bei der [Nationalen Agentur JUGEND für Europa](#) (JfE) eingereicht werden.

Das Sonderbudget umfasst insgesamt 160.000 Euro, bis zu 5.000 Euro können pro Aktion beantragt werden. Der Aufruf richtet sich u. a. an Kreise, Kommunen und gemeinnützige Träger wie Vereine, Verbände und Jugendeinrichtungen.

Weitere Informationen bietet eine kostenfreie digitale Fragestunde der JfE am 3. August 2022, zu der sich Interessierte online [anmelden](#) können. Darüber hinaus steht die [JfE](#) bei Rückfragen zum Förderaufruf gerne zur Verfügung.

Hintergrund:

Mit dem Europäischen Jahr der Jugend möchte die Kommission verstärkt die Anliegen der jungen Generation ins Blickfeld rücken, u. a. da junge Menschen besonders stark unter den gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie gelitten hätten (vgl. [Europa Info 09/2021](#), S. 2).

Weitere Themen, die im Rahmen des Europäischen Jahrs der Jugend aufgegriffen werden sollen, sind Frieden, Sicherheit und Solidarität – also solche Anliegen, die durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine europaweit in den Fokus gerückt sind.

## Wettbewerb: Access City Award 2023

Städte über 50.000 Einwohnern können sich bis zum **8. September 2022** auf den [Access City Award 2023](#) bewerben. Mit dem Preis werden städtische Anstrengungen zur vorbildlichen Förderung der Barrierefreiheit ausgezeichnet, die insbesondere dazu beitragen, allen Menschen den Zugang zu den städtischen Ressourcen und Freizeitangeboten zu erleichtern.



Der Titel, der gemeinsam von EU-Kommission und dem Europäischen Behindertenforum vergeben wird, ist mit folgenden Preisgeldern dotiert: 150.000 Euro sind für die Siegerstadt vorgesehen, die Zweit- und Drittplatzierten erhalten 120.000 bzw. 80.000 Euro.

Die Teilnahme erfolgt über ein [Online-Anmeldeformular](#). Weitere Informationen finden sich in den [Leitlinien für Bewerber](#) und in den [Teilnahmebedingungen](#).

Die Gewinner des Access City Awards 2023 werden auf einer Konferenz anlässlich des Europäischen Tages der Menschen mit Behinderungen am 25. November 2022 bekannt gegeben.

Sieger beim diesjährigen Wettbewerb war die Stadt Luxemburg.

## Energie, Klima und Umwelt

### Green Deal (I): EP einigt sich auf Rahmengesetzgebung

Nachdem sich die Vollversammlung des Europäischen Parlamentes (EP) im Juni nicht auf eine gemeinsame Position zu wesentlichen Rahmenrechtsakten des EU Green Deals einigen konnte (vgl. [Europa Info 05/2022](#), S. 5), wurden diese Beschlüsse nun nach weiteren Verhandlungen am 22. Juni 2022 erzielt. So stimmten die Abgeordneten mehrheitlich für eine [Ausweitung des Emissionshandels](#), die [Einführung eines CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsystems](#) und den Aufbau eines sogenannten [Klimasozialfonds](#).

Die Emissionen in den vom Emissionshandelssystem (ETS) erfassten Sektoren sollen im Vergleich zu 2005 bis 2030 um 63 % sinken. Dazu würden kostenlose Zertifikate von 2027 bis 2032 schrittweise abgeschafft und ab 2025 ein Bonus-Malus-System eingeführt werden. Das EP möchte das ETS außerdem auf die Sektoren Straßenverkehr und Gebäude ausweiten, allerdings zunächst nur für Unternehmen. Bürgerinnen und Bürger würden vor 2029 nicht einbezogen. Die Einnahmen aus dem ETS müssten nach den Wünschen des EP außerdem wieder für Klimaschutzmaßnahmen der EU und in den Mitgliedstaaten verwendet werden (bspw. durch den Innovationsfonds, vgl. [Europa Info 03/2022](#), S. 6). Aus dieser Finanzquelle soll sich auch (teilweise) der neue Klimasozialfonds speisen. Der Fonds würde neben Investitionen in Maßnahmen des Green Deals (Gebäudesanierungen, Ausbau der erneuerbaren Energiequellen, etc.) auch Privathaushalte mit Blick auf Mehrkosten beim Wohnen und der Mobilität unterstützen können.

Da der Rat der Europäischen Union ebenfalls seine Position zu diesen Vorgängen festgelegt hat (s. S. 5), können die Verhandlungen über die finalen Rechtstexte zwischen den beiden EU-Gesetzgebern nun beginnen.

Außerdem konnte sich im EP keine Mehrheit für eine Ablehnung des ersten delegierten Rechtsaktes zur Taxonomie-Verordnung über nachhaltige Investments finden. In dieser [Listung von Wirtschaftstätigkeiten im Sinne des Klimaschutzes](#) führt die EU-Kommission übergangsweise auch Aktivitäten mit Bezug zur Kernenergie und Erdgas. Die Taxonomie und ihre delegierten Rechtsakte sollen als „Leitschnur“ für Finanzmärkte und Investoren bestimmte wirtschaftliche Tätigkeitsfelder als nachhaltig einstufen, um außerhalb dieser Aktivitäten sogenanntes „Greenwashing“ zu verhindern.

## Green Deal (II): Ratsausrichtungen bei Energie- und Umweltdossiers

Der Rat der Europäischen Union konnte sich am 27. und 29. Juni 2022 auf eine gemeinsame Position zu wesentlichen Gesetzgebungsvorschlägen im Rahmen des EU Green Deal einigen.

Die Energieminister der Mitgliedstaaten fanden eine gemeinsame Ausrichtung zur Überarbeitung der Erneuerbaren Energien-Richtlinie (RED) und der Energieeffizienzrichtlinie (EED) (vgl. [Europa Info 07/2021](#), S. 5 und [Fit for 55-Faktenblatt](#)). Der Rat strebt demnach in der [Position zur RED](#) für 2030 einen Anteil von 40 % an Energie aus erneuerbaren Quellen am Gesamtenergiemix an und sieht u. a. für das Teilziel im Verkehrsbereich mehr Flexibilität vor. Damit bleiben die Minister hinter dem Ambitionsniveau des in der REPowerEU-Initiative angepassten Kommissionsvorschlags zurück, greifen aber die Anregungen zur Planungsbeschleunigung beim Bau von Wind- und Solarkraftanlagen auf (vgl. [Europa Info 05/2022](#), S. 4).

Die [Ausrichtung zur EED](#) übernimmt ebenfalls den ursprünglich von der Kommission vorgeschlagenen Zielwert für die europaweite Energieeinsparung bis 2030 von 9 % und akzeptiert gleichfalls die Ausweitung der Sanierungsquote von 3 % pro Jahr auf sämtliche Gebäude der öffentlichen Hand über 250 qm (auf Standard Niedrigstenergiegebäude) und den Aufbau eines entsprechenden nationalen Gebäudeinventars. Allerdings möchte der Rat eine alternative Vorgehensweise für Mitgliedstaaten ermöglichen, die dann sicherstellen würden, dass jährlich für 3 % aller öffentlichen Gebäude ein Renovierungspass erstellt wird, der eine Sanierung zum Niedrigstenergiegebäude bis 2040 vorsieht. Aus regionaler Sicht ebenso von Relevanz ist eine neue Bestimmung über die Transparenz beim Energieverbrauch von Rechenzentren, die Betreiber verpflichtet, ab 2024 ihren Energieverbrauch zu veröffentlichen.

Zudem gelangen am vorletzten Tag der französischen Ratspräsidentschaft weitere Einigungen zwischen den Umweltministern auf gemeinsame Ausrichtung zu folgenden Elementen des Green Deal-Rechtsrahmens (s. S. 4 und [Europa Info 05/2022](#), S. 5):

- ★ [Emissionshandel und CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem](#): Der Rat möchte die Emissionen in den Sektoren des Emissionshandelssystems analog zum Kommissionsvorschlag bis 2030 um 61 % senken und die kostenlosen Zertifikate bis 2035 abschaffen. Für die Lieferanten von Brenn- und Kraftstoffen für den Verbrauch in Gebäuden und im Straßenverkehr soll ein separates Emissionshandelssystem aufgebaut werden.
- ★ [Klimasozialfonds](#): Die Mitgliedstaaten planen 2027-2032 mit einem Maximalbudget von 59 Mrd. Euro, wovon maximal 35 % für direkte Einkommensunterstützungen als Folge des Emissionshandels in den Sektoren Verkehr und Gebäude verwendet werden dürfen.
- ★ [Emissionsgrenzwerte für PKW](#): Der Rat stimmte dem faktischen Verbot des Verbrennermotors ab 2035 zu (keine direkten Emissionen bei Neuzulassungen mehr möglich). 2026 soll die Kommission eine Zwischenüberprüfung im Lichte der technologischen Entwicklung vornehmen.
- ★ [Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft \(LULUCF\)](#): Die vorgeschlagenen Ziele für den Nettoabbau von Treibhausgasemissionen bis 2030 übernimmt der Rat, möchte aber den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität bei der Umsetzung einräumen.

Zu den letztgenannten Vorgängen liegen die Beschlüsse des Europäischen Parlamentes (EP) bereits vor (vgl. [Europa Info 05/2022](#), S. 5 und S. 4), daher können hierzu die Verhandlungen über den finalen Gesetzestext zwischen Rat und Parlament beginnen. Zu RED und EED muss das EP noch seine Position in erster Lesung

abstimmen. Das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain hat sich hierzu bereits mit einer [Stellungnahme](#) eingebracht.

## Kommission: Verordnungsvorschläge zur Wiederherstellung der Natur

Die Europäische Kommission präsentierte am 22. Juni 2022 als Bestandteil der EU-Biodiversitätsstrategie (vgl. [Europa Info 05/2020](#), S. 7) zwei Gesetzgebungsinitiativen zur Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme und zur Renaturierung in Europa, die eine neue Verordnung zur „Wiederherstellung der Natur“ umfassen. Außerdem soll die bisherige Richtlinie über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden ([2009/128/EG](#)) überarbeitet und in eine verbindlichere Verordnung umgewandelt werden. Ziel ist es, bis 2030 80 % der geschädigten Ökosysteme in Europa wiederherzustellen und den Einsatz chemischer Pestizide in der EU zu halbieren.

Der [Verordnungsvorschlag](#) zur Wiederherstellung der Natur sieht vor, die Mitgliedstaaten zur Aufstellung sogenannter „Wiederherstellungspläne“ zu verpflichten, mit deren Hilfe EU-weit bis 2030 20 % aller Land- und Meeresgebiete in ihrer ökologischen Funktion wiederhergestellt werden sollen. Damit würde dieses Gesetz weit über den bisherigen Bestand der EU-Naturschutzgesetzgebung wie die Vogelschutz-, Habitat- oder Natura 2000-Richtlinie hinausgehen. Ein spezifischer Artikel zur Wiederherstellung städtischer Ökosysteme legt fest, dass bis 2030 im Vergleich zu 2021 in allen Städten sowie kleineren Städten und Vororten kein Nettoverlust an städtischer Grünfläche und städtischer Baumüberschirmung entstehen darf. Bis 2040 soll die nationale Gesamtfläche an städtischen Grünflächen in diesen Raumschaften um 3 % zunehmen, bis 2050 um 5 % (sowie ein Plus von 10 % bei der Baumüberschattung bis 2050). Weiterhin möchte die Kommission das Ziel festlegen, bis 2030 25.000 Flusskilometer in freifließende Flüsse umzuwandeln und den Rückgang der Bestäuberpopulation umzukehren. Weitere Wiederherstellungsbestimmungen betreffen die biologische Vielfalt landwirtschaftlicher Flächen (v. a. mit Bezug auf Feldvögel und Wiesenschmetterlinge) und Waldökosysteme sowie die Wiedervernässung trockengelegter Torfmoore. Die Wiederherstellungspläne müssten die Ziele der Verordnung je nach ländertypischen Gegebenheiten in messbare Indikatoren umsetzen und bei der EU-Kommission zur Genehmigung vorgelegt werden, welche die entsprechenden Fortschritte regelmäßig überprüfen wird. Die Mitgliedstaaten sollen außerdem den „Mitgliedern der Öffentlichkeit, die ein ausreichendes Interesse haben“ den Zugang zu Gerichten zur Überprüfung einer Verletzung dieses Wiederherstellungsrechtsaktes ermöglichen.

Der [Verordnungsvorschlag](#) zur nachhaltigen Verwendung von Pestiziden beinhaltet ein Verbot chemischer Pestizide u. a. in städtischen Grünflächen, öffentlichen Parks, auf Sport- und Spielplätzen und in der Nähe von Natura-2000-Schutzgebieten oder anderen empfindlichen Naturräumen. Ebenfalls sind neue Vorgaben zur Lagerung und Verbreitung von chemischen Pestiziden vorgesehen. Zur Umsetzung des EU-Reduktionsziels für Pestizide in den Mitgliedstaaten sollen ebenfalls nationale Aktionspläne erstellt werden. Mit verschiedenen weiteren Maßnahmen möchte die Kommission außerdem sicherstellen, dass Landwirte zunächst auf alternative umweltfreundliche Methoden zur Schädlingsprävention und -bekämpfung zurückgreifen und chemische Pestizide nur als letztes Mittel eingesetzt werden. Hierzu soll es für 5 Jahre einen Kostenausgleich sowie Weiterbildungs-, Beratungs-, und Bewusstseinsbildungsmaßnahmen geben, aber auch in mehr biologische Alternativen und die Förderung neuer Technologien und Verfahren investiert werden. Online sind hierzu auch diverse FAQs und Faktenblätter der EU-Kommission [verfügbar](#).



## Veranstaltung: Europäische Woche der nachhaltigen Energie 2022

Die [EU Sustainable Energy Week](#) wird 2022 von der EU-Kommission in einem hybriden Format organisiert: Diese zentrale Konferenz zur europäischen Energiepolitik findet vom 26. bis 29. September 2022 in Brüssel statt und kann auch online verfolgt werden. Neben den üblichen Schwerpunkten der Energiewende stehen in diesem Jahr insbesondere die Energieeffizienz, digitale Anwendungen und die REPowerEU-Initiative (vgl. [Europa Info 05/2022](#), S. 4) im Fokus. Die Konferenz richtet sich an öffentliche Einrichtungen, die Privatwirtschaft, Verbände und NGOs.

Das [Programm](#) ist online einsehbar, dort erfolgt auch die kostenfreie [Anmeldung](#) (es muss ein Benutzerkonto erstellt werden). Konferenzsprache ist Englisch.

## Verkehr und Mobilität

---

### Aufruf: Europäische Mobilitätswoche 2022

Zwischen dem 16. und 22. September 2022 sind Städte und Kommunen wieder eingeladen, sich mit einer lokalen Veranstaltung oder Aktion in Sachen nachhaltige Mobilität an der [Europäischen Mobilitätswoche 2022](#) zu beteiligen. Das Schwerpunktthema in diesem Jahr lautet „bessere Verbindungen“, Inspiration hierzu bietet der [Themenguide 2022](#).

Eine Registrierung als Teilnehmerkommune ist [online](#) möglich und erscheint nach der Freigabe durch die [nationale Koordination](#) auch auf der [Homepage](#) der Mobilitätswoche.

## Wirtschaft, Forschung und Innovation

---

### Horizont Europa (I): NetZeroCities unterstützt Städte beim Klimaschutz

Im Zuge der Umsetzung der EU-Städtemission für 100 klimaneutrale Städte bis 2030 veröffentlichte die NetZeroCities-Missionsplattform einen [Förderaufruf](#) für erste Pilotstädte (vgl. [Europa Info 04/2022](#), S. 5 und [Faktenblatt](#)). Über die Laufzeit von zwei Jahren sollen 30 Pilotstädte bei der Ausarbeitung des Climate City Contracts und bei der Umsetzung erster Demonstrationsvorhaben unterstützt werden. Die genauen Arbeitsschwerpunkte und Auswahlkriterien sind dem [vorläufigen Call-Text](#) und dem [Handbuch für interessierte Städte](#) zu entnehmen (Dokumente in Englisch). Aus dem Horizont Europa-Budget stehen hierfür insgesamt 32 Millionen Euro zur Verfügung.

Eine Bewerbung ist ab dem 5. September 2022 über die [NetZeroCities-Plattform](#) in englischer Sprache bis zum **4. November 2022** möglich. Alle Städte über 50.000 Einwohner (zumindest formell auch jenseits der 100 Städte der Städtemission) sind antragsberechtigt, müssen allerdings ein „Minikonsortium“ aus mindestens zwei weiteren Partnern (Universität, innovatives Unternehmen, Forschungseinrichtung etc.) anführen.

## Horizont Europa (II): EU-Mission Klimaanpassung läuft an

Die Europäische Kommission stellte am 7. Juni 2022 die ersten [teilnehmenden Regionen und Städte](#) an der Forschungs- und Innovationsmission zur [Anpassung an den Klimawandel](#) vor (vgl. [Europa Info 03/2022](#), S. 5). Unter diesen 118 Gebietskörperschaften befinden sich bislang lediglich drei Kommunen aus Deutschland. Die Kommission plant im **September 2022** eine zweite Runde an weiteren Teilnehmenden zu präsentieren.

Die Mission soll bis 2030 insgesamt 150 Regionen und Kommunen auf dem Weg zu einer verbesserten Klimaresilienz unterstützen. Im Horizont Europa-Programm sind hierfür 370 Mio. Euro bis 2023 vorgesehen. Um sich offiziell an dieser Mission beteiligen zu können, muss ein [digitaler Fragebogen](#) zu örtlichen Herausforderungen, Strategien und Maßnahmen ausgefüllt und eine [Missionscharta](#) unterzeichnet werden. Anders als bei der Städtemission ist keine kompetitive Auswahl vorgesehen. Eine Missionsplattform unterstützt dann die teilnehmenden Gebietskörperschaften mit Expertise bei der Erreichung der Missionsziele und soll den wechselseitigen Fachaustausch anregen (bspw. über ein jährliches Missionsforum).

Auf eine [Förderung](#) entsprechender Forschungs- und Innovationsmaßnahmen, bzw. für erste Demonstrationsvorhaben unter dieser Mission müssen sich interessierte Akteure allerdings weiterhin analog zu den üblichen [Horizont-Antragsbedingungen](#) (bspw. transnationale Konsortien) ad hoc bewerben.

Weitere Informationen zu dieser Mission sind der [Infoseite](#) der EU-Kommission, dem [Implementationsplan](#) oder einem online [FAQ](#) zu entnehmen (alles auf Englisch).

## Weitere Aufrufe, Ausschreibungen und Veranstaltungen

### „Wir feiern Europa“: Brüssel-Informationsreise 2022 und Jubiläumsfeier

Fast zweieinhalb Jahre nach der letzten Informationsreise 2019 konnte das Europabüro der Metropolregion am 21. und 22. Juni 2022 wieder etwa 40 Bürgermeister, politische Vertreter und Repräsentanten der regionalen Gesellschaften aus FrankfurtRheinMain in Brüssel begrüßen.





Nach der Corona-Pandemie war es wieder möglich, europäische Informationen aus erster Hand zu gewinnen und in den direkten, persönlichen Dialog mit den Vertretern der EU-Institutionen zu treten. Thematisch standen u. a. die EU-Regionalpolitik, die Umsetzung des Green Deals, die Ansiedlung der EU-Geldwäschebehörde in Frankfurt und die Beteiligung der kommunalen Ebene an der europäischen Gesetzgebung im Fokus der Gespräche mit der EU-Kommission, Europaabgeordneten, dem AdR und dem hessischen Europastaatssekretär Uwe Becker.

Ein Highlight der Informationsreise 2022 war mit einem Jahr Verspätung außerdem der abendliche Festakt zum zehnjährigen Bestehen des Europabüros. Nach Ansprachen von Uwe Becker und dem Kommissionsvorsitzenden des Europabüros, Rouven Kötter, kamen die rund 120 Gäste auf der Dachterrasse des Mehr-Regionen-Hauses zusammen, um unter dem Motto „Wir feiern Europa“ bei musikalischer Untermalung und Bewirtung auf eine Dekade „Link to Europe“ anzustoßen (vgl. [Pressemeldung](#) „Eine starke Stimme für die Region“).



Bildquelle (für alle Fotos in diesem Artikel): Javier Bernal Revert



## Folgen Sie uns auf Twitter

Wir sind auf Twitter aktiv, um Sie noch schneller zu informieren und mit Themen, Akteuren, Förderaufrufen oder Preisausschreibungen aus Brüssel zu vernetzen. Twitter ist der größte Kurznachrichtendienst weltweit. Bleiben Sie zusammen mit **bereits über 750 Followern** ganz unkompliziert in Kontakt mit dem Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain, indem Sie nach [@RegionFrankfurt](#) suchen und auf „Folgen“ klicken. Der Twitter-Newsfeed ist auch auf unserer [Homepage](#) eingebettet.



Profil bearbeiten

**FrankfurtRheinMain**

@RegionFrankfurt

European Office of the Metropolitan Region FrankfurtRheinMain (Brussels) linking one of Europe's most dynamic + innovative regions with EU institutions/policies

📍 Brüssel, Belgien 🌐 [europabuero-frm.de](#) 📅 Seit Oktober 2011 bei Twitter

400 Folge ich 674 Follower



Du hast retweetet



**POLIS** @POLISnetwork · 4. Juli

We, together with [@ERRINNetwork](#), have released proposals for concrete amendments to the legislation on [#TEN\\_T](#) regulation on [#UrbanNodes](#)

Read our statement and the **full list of proposed amendments** here [buff.ly/3lb9ymE](#)

[#ConnectingEuropeDays](#)



**FrankfurtRheinMain** @RegionFrankfurt · 18. Juli

Unsere Kolleginnen und Kollegen vom Land Hessen planen im Rahmen des Europäischen Jahrs der Jugend für den 24.09. in [#Hanau](#) ein "Hey, Europe!"-[#Festival](#) zum Mitmachen. Mehr Infos unter: [heyeurope.de](#) [#wirmacheneuropa](#) [@HEBerlinEuropa](#) [@brueder\\_grimm](#)



[@RegionFrankfurt](#)